Rede zum Doppelhaushalt 2019/2020

Fraktionsvorsitzender Sascha H. Wagner am 04. April 2019

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Müller,
sehr geehrte Damen und Herren,
werte Gäste;

seit einigen Monaten ist ja weltweit klar: der Freitag ist der Tag, der für die Zukunft steht. Wir haben großen Respekt und Hochachtung vor den Schülerinnen und Schülern auch aus dem Kreis Wesel, die sich jeden Freitag aufs Neue trotz der angedrohten Repressionen durch FDP-Schulministerin Gebauer auf die Straße begeben, um für ihre Zukunft einzutreten.

Der Freitag also steht für die Zukunft, die Haushaltsberatungen hier - finden an einem Donnerstag statt. Und leider ist das passend.

Denn der Haushalt des Kreises Wesel, der heute verabschiedet werden soll, wird gerade dem nicht gerecht, was die fridaysforfuture-Bewegung ebenso eindrucksvoll wie berechtigt fordert:

Eine nachhaltige Politik, eine Politik, die schonend mit der Umwelt und mit den Menschen umgeht, die Rücksicht nimmt auf die Interessen der folgenden Generationen und die sich auch an dem Grundgedanken orientiert: „Unsere Kinder sollen es einmal besser haben“.

„Unsere Kinder sollen es einmal besser haben“, war in meiner Jugend ein geflügeltes Wort bei den damals Erwachsenen. Die heutige Elterngeneration wäre schon froh, wenn es ihren gerade erwachsen werdenden Kindern nicht schlechter ginge als ihnen selbst.

Jobaussichten? Befristet, wenn überhaupt vorhanden.

Erste Wohnung? Nicht bezahlbar, muss warten.

Am Wochenende Ausgehen? Taxikosten einplanen, der ÖPNV gibt es nicht her.

Familienplanung? Ohne Job und ohne Wohnung nicht verantwortbar.

Meine Damen und Herren,

nahezu alle Kommunen des Kreises setzen darauf, junge Familien mit Kindern anzulocken. Immer mehr Gebiete sollen als Bauland für Einfamilienhäuser ausgewiesen und versiegelt werden.

Der demographischen Entwicklung soll so entgegengewirkt werden. Aber die eigentliche Frage ist doch:

Welche Perspektiven bieten wir den hier schon lebenden Menschen?

Wie verhindern wir, dass sie fortziehen aufgrund steigender Mietpreise oder schlechter Berufsaussichten oder wegen eines völlig unzureichenden öffentlichen Nahverkehrs.

Wir sagen: Beschäftigte benötigen Zukunftsperspektiven.

Wir wollen daher befristete Beschäftigungsverhältnisse bei der Kreisverwaltung beenden und Stellen entfristen.

Wir sagen: der öffentliche Nahverkehr muss ausgebaut werden, er darf nicht zur Disposition stehen. Deshalb beantragen wir die weitere Mitfinanzierung der Straßenbahnlinie 903 aus Mitteln des Kreises.

Wir sagen: der Kreis ist angesichts hunderter fehlender Ausbildungsplätze gefordert, auch selbst aktiv zu werden.

10 zusätzliche Ausbildungsplätze beantragen wir, das ist gut machbar.

Wir sagen: Kultur ist in Zeiten zunehmender Unkultur ein noch wichtigeres Gut geworden. Wir wollen die Burghofbühne Dinslaken entsprechend fördern.

Sie meine Damen und Herren von CDU, Grünen und FDP wollen sie hingegen kaputtsparen.

Sparen scheint ohnehin das Einzige zu sein, was Sie können. Vor allem sparen Sie an eigenen Gedanken und Ideen für den Kreis Wesel.

Sie, meine Damen und Herren von CDU, Grünen und FDP hatten doch erklärt, hier im Kreistag eine gestalterische Mehrheit bilden zu wollen. Aber Sie gestalten nichts, sie verunstalten nur.

Sparen, meine Damen und Herren, hat ja in bestimmten Bereichen durchaus Sinn. So müssen wir auch im Kreis Wesel begrenzt mit unseren Ressourcen umgehen, wenn wir der Klimakatastrophe entgehen wollen, wir müssen uns mit den Gefahren des Klimawandels beschäftigen und somit Energie sparen.

Sie aber, meine Damen und Herren von den Grünen, wollen sich das Thema gleich ganz sparen und ließen den Kreis aus dem Klimabündnis austreten, weil 5.000 Euro jährlich für den Klimaschutz Ihnen zu viel ist.

Das war, ja das ist ein unglaublicher Vorgang, gerade auch, weil er von den Grünen kommt. Überhaupt, die Grünen.

Sie kennen ja alle diese „Plagiatssoftware“ mit der Doktorarbeiten überprüft werden. Seitdem es die gibt, hat die FDP ja nur noch halb so viele Doktoren in ihren Reihen.

Also wenn man das Grüne Wahlprogramm mit dem Abstimmungsverhalten der Grünen im Kreistag vergleichen würde, gäbe es Null, einfach Null Übereinstimmung bei dieser Software.

Was bei einer Doktorarbeit gut ist, ist in der Politik aber schlecht, meine Damen und Herren von den Grünen. Sie sollten damit beginnen, ihr eigenes Programm in Politik umzusetzen. So schlecht ist das an einigen Stellen ja gar nicht!

DIE LINKE beantragt heute auch die Finanzierung eines jugendpolitischen Kongresses zur Klimapolitik, mit dem der Kreis Wesel deutlich die fridaysforfuture-Bewegung unterstützen kann.

Deshalb stellen wir den Antrag, dass die Elternbeiträge für die offene Ganztagsschule nicht höher sein dürfen als die für Kindertagesstätten und wir wollen eine entsprechende Änderung der Beitragssatzung. Sie sehen es gibt doch noch Schnittmengen, wenn man nur will.

Und wir möchten, dass die Menschen im Kreis Wesel nicht 60 Minuten und länger im Dienstleistungszentrum Moers warten müssen. Die Samstagsöffnung muss wieder eingeführt werden, wir benötigen dort mehr Personal.

Auch hier zeigt sich, dass Grüne, FDP und CDU eben keine Ahnung vom Sparen haben:

Sie spielen mit der Zeit der Menschen, Sie verschwenden deren Freizeit und nennen das dann auch noch „Sparen“. Sie gefährden die Gesundheit der dort Beschäftigten und reden von einer „gesunden Haushaltsentwicklung“.
Was für ein Hohn!

Eine nachhaltige Politik sieht anders aus. Sie kümmert sich um die Beschäftigten des Kreises, sie bildet gut aus und sie stellt die Kapazitäten dafür bereit.

Deshalb begrüßen wir es, dass die Verwaltung neue Stellen schaffen will, mit denen das Engagement und der Arbeitsaufwand von Ausbilderinnen und Ausbildern auch berücksichtigt wird.

Wir bedanken uns, Herr Kreiskämmerer Borkes, in diesem Zusammenhang auch bei Ihnen und ihrem Team für die Erstellung des Planentwurfs und die umfangreichen Erläuterungen. Und unser Dank für die gute Zusammenarbeit gilt natürlich auch Ihnen, Herr Landrat Dr. Müller, dem Verwaltungsvorstand, dem Personalrat und allen Beschäftigten für die insgesamt geleistete Arbeit.

Und wir gehen davon aus, sehr geehrter Herr Berensmeier, dass Sie Ihrer Tätigkeit als Kreisdirektor auch in der nächsten Legislaturperiode weiter nachgehen werden.

Sie, Herr Berensmeier, hatten sich ja schon 2009 gewünscht, dass der Kreis Wesel „mehr agieren statt reagieren, innovativer werden, Vorreiter sein und Ideen vorgeben“ solle. Aber wie Sie sehen, mit einer Kreistagsmehrheit aus CDU, Grünen und FDP ist das alles eben nicht möglich.

Und jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, kommen Sie bitte nicht damit an, dass ihr dahingeschluderter Antrag zur Einführung einer Bürger-App für den Kreis Wesel eine große Innovation sei.

Hätten Sie das ernst gemeint, würden Sie hier und heute auch Finanzmittel für dieses Projekt in den Haushalt einstellen. Aber so ernst scheint Ihnen das Thema ja wohl doch nicht zu sein.

Eine erschreckende Nachricht für die Beschäftigten und für den ganzen Kreis Wesel ist die geplante Schließung des Borgers-Werks in Dingden und die damit drohende Erwerbslosigkeit für 350 Beschäftigte. Beschäftigte, die qualifiziert sind, mit ihrer spezifischen Eignung aber kaum eine Aussicht auf eine andere Beschäftigung in der näheren Umgebung haben.

Wir erleben, meine Damen und Herren, damit in unserem Landkreis ganz direkt, wozu die verhängnisvolle Politik der Europäischen Union führt. Unternehmensverlagerungen sichern keine Arbeitsplätze, aber Profite.

Die vermeintliche „Wirtschaftsunion“ erleichtert es, Arbeitsplätze innerhalb der EU zu verlagern. Niedrige Löhne, geringe Steuern, weniger Auflagen beim Arbeits- und Umweltschutz. Wie Zuckerguss, der alles übertünchen soll, wirkt es dann, wenn aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds Gelder für den Kreis Wesel bereitgestellt werden, um die Folgen der neoliberalen EU-Politik wieder abzumildern.

Nein, was wir brauchen ist eine Sozialunion, die die Rechte Beschäftigter absichert und Unternehmensverlagerungen unattraktiv macht, eine Sozialunion, die die Angleichung der Lebensstandards nach oben, und eben nicht nach unten vorantreibt.

Die hohe Erwerbslosigkeit ist nach wie vor eines der größten Probleme im Kreis Wesel.

Mit einer Politik der Sanktionen reagiert das Jobcenter darauf.

Sanktioniert werden aber nicht die Betriebe, die Arbeitsplätze vernichten, die sich weigern, Ausbildungsplätze bereitzustellen oder die solche Hungerlöhne zahlen, dass Menschen trotz Vollzeitjob Hartz IV beantragen müssen. Sanktioniert werden vielmehr die Opfer dieser Politik. 4.339 Sanktionen allein im Kreis Wesel. Ein Skandal.

Mit Sanktionen und Strafen von bis zu 1.000 Euro will auch FDP-Schulministerin Gebauer gegen Schüler*innen vorgehen, die an den Freitagsprotesten teilnehmen. Was für eine Landesregierung!

Die Stabsstelle Umweltkriminalität wurde aufgelöst, der Prozess um die illegal in Schermbeck eingelagerten Ölpellets kommt wegen der personellen Unterbesetzung der Justiz in NRW nicht zustande, aber Schüler*innen drohen, das können CDU und FDP.

Apropos FDP. Selbst für FDP-Verhältnisse, und da machen wir ja schon immer deutliche Abstriche, ist die Erklärung, die die FDP-Jugend im Kreis Wesel zu den fridaysforfuture-Protesten abgegeben hat, schlichtweg peinlich.

Die Schülerinnen und Schüler sollen lieber in den Unterricht gehen und dann als Erwachsene `was mit Umwelttechnologie oder so` machen.

Als ginge es bei der Klimadebatte um einen Fachkräftemangel.

Nein, es geht darum, dass die Politik, allen voran die FDP, eben nicht auf das hört, was von Fachkräften zum Thema Klimaschutz gesagt wird. Es geht darum, dass politisch nicht gewollt und nicht umgesetzt wird, was notwendig ist.

Auch im Kreis Wesel sagen Fachkräfte, was notwendig ist. Das Moerser Arbeitslosenzentum ebenso wie die Frauenberatungsstellen.

Die Diakonie und der Paritätische genauso wie die Kulturtreibenden im Kloster Kamp und in der Burghofbühne Dinslaken, wie die Aidshilfe und wie die Selbsthilfe bei Suchtgefahren. Hohe Fachkompetenz, hohes berufliches und ehrenamtliches Engagement sind in den kulturellen und sozialen Anlaufstellen im Kreis Wesel anzutreffen.

Sie verdienen unseren Dank und unseren Respekt. Aber was bekommen sie? Anhaltende Mittelkürzungen. Von einer Mehrheit im Kreistag werden Menschen und ihre Arbeit nur als Kostenstellen beurteilt, die man zusammenstreichen müsse.

Ihr Umgang mit den freien Trägen der Kultur- und Sozialarbeit ist anhaltend schäbig, meine Damen und Herren von CDU, Grünen und FDP.

Sie laben sich geradezu daran, selbst kleinen Initiativen minimale Förderbeträge zu streichen.

Und das nicht nur in diesem Jahr.

Seit Beginn dieser Legislaturperiode haben sie den Beschäftigen des Kreises, der Kultur-, Sozial- und Umweltarbeit und einer nachhaltigen Kreisentwicklung den Kampf angesagt.

Wir tragen das nicht mit und lehnen diesen Haushalt ab.

Aber eins können wir uns wirklich für die Zukunft sparen: diese Kreistagsmehrheit aus CDU, Grünen und FDP!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.